



Opferberatung und Bildung gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Tel.: 030/69 56 8339
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de
Kopernikusstr. 23
10245 Berlin

Pressemappe zur Jahresauswertung

Rassistische und rechte Angriffe in Berlin 2024

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Gefördert durch

BERLIN



Senatsverwaltung
für Justiz, Vielfalt
und Antidiskriminierung

im Rahmen von



**DEMOKRATIE.
VIELFALT.
RESPEKT.**

Das Landesprogramm gegen
Rechtsextremismus, Rassismus
und Antisemitismus



Tel.: 030/69 56 8339
Fax.: 030/69 56 8346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Pressemitteilung

Berliner Senat versagt bei Schutz vor rassistischer und rechter Gewalt – ReachOut fordert systemkritische Aufarbeitung und Entschädigung der Betroffenen

Für das Jahr 2024 dokumentiert ReachOut insgesamt 328 rassistische und rechte Angriffe in Berlin (2023: 355). Mindestens 478 Menschen wurden im vergangenen Jahr verletzt oder bedroht. Die Zahl der betroffenen Personen steigt damit erneut an. Ein Großteil der Taten bleibt der Öffentlichkeit unbekannt. Rassismus stellt weiterhin das häufigste Tatmotiv dar. Politische Maßnahmen zur Bekämpfung von Hasskriminalität bleiben im Bereich rassistischer und rechter Gewalt weitgehend wirkungslos.

Der Berliner Senat kommt seiner menschenrechtlichen Schutzpflicht nicht nach und trägt eine klare Verantwortung für die anhaltende Angriffssituation. ReachOut, die Beratungsstelle für Opfer rassistischer und rechter Gewalt, fordert ein sofortiges Ende der behördlichen Kriminalisierung der Betroffenen. Stattdessen ist eine systemkritische und umfassende juristische Anerkennung des rassistischen und rechten Hintergrunds der Taten sowie eine konsequente staatliche Entschädigung der Opfer notwendig.

Berlin, 29. April 2025.

ReachOut erfasst **328 Angriffe** für das Jahr 2024 (2023: 355). Mindestens **478 Menschen** wurden verletzt, massiv bedroht, gejagt und bespuckt. Unter den Opfern – von denen wir wissen - sind 21 Kinder und 18 Jugendliche.¹

Die physischen und psychischen Folgen jedes Angriffs sind für die Opfer gravierend und stellen einen Angriff auf ihr Recht dar, in voller Verwirklichung ihrer Rechte und Garantien als Mensch zu existieren. Aufgrund der rechtlichen, gesundheitlichen, finanziellen, sozialen und oft lebensbedrohlichen Angriffsfolgen unterstützte ReachOut die Betroffenen 2024 im Rahmen von 779 Beratungsgesprächen.

Die dokumentierten Zahlen spiegeln dabei nur einen Bruchteil der tatsächlichen rassistischen und rechten Angriffe in Berlin wider. Viele Betroffene melden die Übergriffe aus Angst vor weiterer Kriminalisierung, mangelndem Vertrauen in staatliche Institutionen oder fehlender Unterstützung nicht. Zahlreiche Vorfälle bleiben unsichtbar und werden in der offiziellen Statistik nicht erfasst.

¹ Darin nicht enthalten sind antisemitische Angriffe, deren Gesamt-Monitoring seit 2024 ausschließlich RIAS für Berlin veröffentlicht.



Tel.: 030/69 56 8339
Fax.: 030/69 56 8346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rassismus und Rechtsextremismus

ReachOut fasst die Angriffssituation im vergangenen Jahr zusammen:

Rassistische und rechte Diskurse prägten das Jahr

»Rassistische und rechte Diskurse prägten das Jahr. Die andauernden rassistischen, antimuslimisch geprägten Debatten in Medien und Politik, die sich darauf konzentrierten, einen Zusammenhang zwischen sogenannter Messergewalt, »ausreisepflichtigen Straftäter:innen« und Migration als nationales Sicherheitsproblem herzustellen, zielten offensichtlich darauf ab, Rassismus als politische Waffe einzusetzen. Das widerspiegelte sich in der Berliner Angriffssituation: So nahmen insbesondere antimuslimische Angriffe zu. Auch Angriffe auf politische Gegner:innen und obdachlose Menschen waren verbreitet.«

Legitimierung von Gewalt durch Politik und Behörden

»Dabei wurden Abschiebungen, rassistische Gesetzesverschärfungen und rassistische Gewalt durch Menschen und Behörden legitimiert. Politiker:innen der regierenden Parteien haben rechte und rassistische politische Diskurse gefördert und normalisiert, sodass nicht nur rassistische Angriffe verübt und legitimiert, sondern auch organisierte extrem rechte Strukturen gestärkt wurden.«

Institutioneller Rassismus und Straflosigkeit

»Die Angriffssituation in Berlin war davon unmittelbar geprägt: Menschen wurden ermutigt, aus rassistischen Gründen zuzuschlagen und zu bedrohen und sie wurden in einer Struktur der Straflosigkeit im Justizsystem unterstützt.«

Fehlende Anerkennung der rassistischen Dimension

»Dabei beklagen Betroffene weiterhin, dass Behörden die rassistische Dimension von Angriffen nicht ernst nehmen, was ein Teil des institutionellen Rassismus widerspiegelt und folglich die massiven psychischen und physischen Folgen der Angriffe für die Betroffenen verschärft. Ermittlungsbehörden wie Polizei und Staatsanwaltschaft sowie Richter:innen verkennen weiterhin die rassistische Dimension von Straftaten und belasten die Betroffenen nicht selten mit einer Täter-Opfer-Umkehr.«

Überblick über die dokumentierten Angriffe

Mit 185 von 328 Taten sind weit über die Hälfte der Angriffe rassistisch motiviert (2023: 188 von 355). Von den insgesamt 185 rassistischen Taten wissen wir, dass mindestens 33 Angriffe antimuslimisch waren (2023: 26) und sich 24 gegen Schwarze Menschen richteten (2023: 22). Antimuslimische und antischwarze Angriffe sind demnach abermals angestiegen. Die Zahl der Angriffe gegen Rom:nia und Sinte:zz:a, von denen wir erfuhren, ist mit 5 (2023: 14) gesunken.

Bei den Angriffen handelt es sich mehrheitlich um Körperverletzungen (2024: 149 | 2023: 193), gefährliche Körperverletzungen (2024: 102 | 2023: 104) und massive Bedrohungen (2024: 16 | 2023: 44).



Tel.: 030/69 56 8339
Fax.: 030/69 56 8346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Beispiele rassistischer Angriffe aus der berlinweiten ReachOut-Chronik

Rassistischer Angriff mit Körperverletzung auf offener Straße

10. September 2024: Gegen 13.00 Uhr wird ein Mann von zwei Männern an der Thaerstraße Ecke Bersarinplatz aus antimuslimischer Motivation beleidigt und angespuckt. Der Mann ruft die Polizei, die die Männer nicht mehr antrifft, und erstattet Anzeige. (ReachOut)

Rassistischer Angriff mit Bedrohung durch Schusswaffe auf Wohnwagenplatz

1. September 2024: Auf einem Wohnwagenplatz findet ein antiziganistischer Angriff statt. Ein Mann betritt den Platz mit einer scharfen Schusswaffe. Er beleidigt die auf dem Platz lebenden Personen rassistisch und bedroht sie mit der Waffe. (DOSTA)

Rassistischer Angriff mit Körperverletzung und Schlag auf Kopf im Bus

27. Januar 2024: Ein Mann wird in einem Bus von einem anderen Fahrgast aufgrund von antischarzem Rassismus beleidigt, mit einem spitzen Gegenstand von hinten gestochen und mit einer Metallstange auf den Kopf geschlagen. (ReachOut)

90 Taten wurden aus LGBTIQ*-feindlichen Motiven begangen (2023: 93). Hier beobachten wir, dass die Angriffszahlen auf einem hohen Niveau bleiben, nachdem sie im vergangenen Jahr um etwa ein Drittel angestiegen waren.

Beispiele LGBTIQ* feindlicher Angriffe aus der Chronik

LGBTIQ*-feindlicher Angriff mit Körperverletzung

15. Dezember 2024: Gegen 4.00 Uhr wird ein 52-jähriger Mitarbeiter einer Bar in der Lietzenburger Straße von einem 37-jährigen Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt, geschlagen und mit einem Stuhl beworfen. Durch den Angriff werden der Mitarbeiter und ein 39-jähriger Gast im Gesicht und am Kopf verletzt. (Polizei Berlin, queer.de)*

Die Zahl der Attacken und massiven Bedrohungen gegen politische Gegner*innen & Nicht-Rechte ist mit 32 Angriffen gestiegen (2023: 30). Gegen obdachlose Menschen richten sich 12 Gewalttaten (2023: 8) und in 8 Fällen wurden Menschen mit Behinderung angegriffen (2023: 8).

Beispiele klassistischer und politisch motivierter Angriffe aus der Chronik

Körperverletzung durch Treppensturz gegen obdachlosen Mann am Bahnhof

18. Mai 2024: Am Bahnhof Warschauer Straße wird gegen 4.00 Uhr ein obdachloser Mann von einem anderen Mann die Treppe in Richtung Tamara-Danz-Straße hinuntergestoßen. Notfallkräfte bringen den Verletzten in ein Krankenhaus. (BAG Wohnungslosenhilfe, Register Friedrichshain-Kreuzberg)



Tel.: 030/69 56 8339
Fax.: 030/69 56 8346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Raub und Körperverletzung gegen linken Aktivisten in der Mehrower Allee

13. September 2024: Ein Mann, der ein T-Shirt mit einem Aufdruck mit Bezug zur linken Szene trägt, wird am Abend in der Mehrower Allee von einer Gruppe von Männern im Alter von 16 bis 23 Jahren verfolgt und umzingelt. Dem Mann wird gegenden Kopf geschlagen und ihm wird sein T-Shirt geraubt, unter Androhung von erneuter Gewalt. (ReachOut)

Häufigste Angriffsorte in Berlin

Die meisten rassistischen und rechten Angriffe werden in den innerstädtischen Bezirken verübt. Im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg finden insgesamt **54** (2023: 62) und somit stadtweit erneut die meisten Angriffe statt. Davon sind **29** Angriffe rassistisch motiviert (2023: 23), **18** Angriffe richten sich gegen die sexuelle Identität oder Orientierung der Betroffenen (2023: 24) und **5** Angriffe wurden aus sozialdarwinistischen Motiven begangen (2022: 5). Weitere Angriffsschwerpunkte dokumentieren wir in den Bezirken Mitte/Tiergarten/Wedding (**2024: 50** | 2023: 56), Lichtenberg (**2024: 37** | 2023: 26) und Tempelhof-Schöneberg (**2024: 32** | 2023: 26).

Schwerpunkte in der Arbeit von ReachOut 2024

1. Rassistische Angriffe im öffentlichen Nahverkehr:

ReachOut unterstützte 2024 zahlreiche Betroffene, die in der Berliner S-Bahn oder in Verkehrsmitteln der BVG aus rassistischen und rechten Motiven angegriffen wurden. Die oft fehlende Anerkennung rassistischer Angriffe durch die Verkehrsbetriebe, besonders durch Mitarbeitende, sowie durch Fahrgäste, ist dabei ein großes Problemfeld. Betroffene werden durch das Personal oft nicht geschützt und sind hohen Verletzungsgefahren ausgesetzt. In solchen Fällen werden die Videoaufzeichnungen nicht systematisch gesichert, was die Strafverfolgung erschwert. Die Speicherfrist der Videoaufzeichnungen von nur 48 Stunden sollte dringend verlängert werden.

»Wir erwarten, dass die Berliner Verkehrsbetriebe rassistische Angriffe durch ihr Personal konsequent verfolgen und unmittelbare interne Folgen ziehen. Wir fordern von den Berliner Verkehrsbetrieben und von der Deutschen Bahn, dass sie effektive Schutzkonzepte für Betroffene von rechten und rassistischen Angriffen innerhalb der Verkehrsbetriebe erarbeiten. Betroffene, die BVG und S-Bahn nicht mehr nutzen, sind in ihrer Bewegungsfreiheit massiv eingeschränkt, mit schweren Folgen für ihr soziales Leben.«



Tel.: 030/69 56 8339
Fax.: 030/69 56 8346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rassismus und Rechtsextremismus

2. Bedrohungen aus der Nachbarschaft und durch rechte Gruppierungen:

2024 wandten sich Ratsuchende auch an ReachOut, weil sie sich von rassistischen Personen aus der unmittelbaren Nachbarschaft und/oder von rechten Gruppierungen massiv bedroht fühlten. Sie berichteten von gezielter Verfolgung, Einschüchterung und Bedrohung. Viele von ihnen suchten bei ReachOut Unterstützung bei der effektiven Sperrung ihrer Melderegisterauskunft.

ReachOut fordert in diesem Zusammenhang eine Stärkung des individuellen Schutzes der Betroffenen durch ihren Wunsch nach einer erleichterten Meldedatensperre und die Anerkennung der von organisierten Rechten und rassistischen Nachbar:innen ausgehenden Gefahr auf behördlicher Ebene.

3. Institutioneller Rassismus in der Jugendhilfe:

Im Bereich Institutioneller Rassismus konfrontierte ReachOut 2024 gemeinsam mit anderen Beratungsstellen die Jugendämter im Zusammenhang mit Inobhutnahmen. Betroffene berichteten, dass ihre Erziehungsfähigkeit aufgrund rassistischer und eurozentrischer Strukturen innerhalb der Jugendhilfe infrage gestellt wurde und Inobhutnahmen mit schweren, oft lebenslangen psychischen Folgen für die Kinder angeordnet wurden. Zudem ziehen sich Rückführungen oft in die Länge, weil die betroffenen Familien keine Lobby besitzen. Ein Monitoring diskriminierenden Handelns seitens der Berliner Jugendämter steht in diesem Bereich noch aus. Eine erste Bestandsaufnahme, die unter Mitarbeit von ReachOut im vergangenen Jahr entstanden ist, greift diese Lücke auf.

4. Racial Profiling und Polizeikontrollen auf Schulwegen:

ReachOut hat 2024 Eltern unterstützt, die von andauernden Polizeikontrollen auf Schulwegen in Neukölln berichteten. Die Konfrontation mit alltäglichem Racial Profiling führte dazu, dass sich die Kinder auf dem Schulweg unsicher fühlten, was sich auf ihre Konzentration und damit auf ihre schulischen Leistungen auswirkte. Anstatt diese rassistischen Maßnahmen der Polizei deutlich anzuprangern, wurden die Kinder nicht ernst genommen und durch das System Schule zusätzlich problematisiert und sanktioniert. Eine Beschwerde bei der Polizei wünschten die Betroffenen aus Angst vor Repressionen durch Polizei und Behörden in den meisten Fällen nicht. Auch Jugendliche im Asylverfahren sind sich ihrer Machtlosigkeit bewusst. ReachOut begleitete 2024 mehrere Jugendliche, die rassistische Gewalt in der Jugendhilfe erlebt hatten, aber aus Angst vor institutioneller Repression keine weiteren Schritte unternahmen.



Tel.: 030/69 56 8339
Fax.: 030/69 56 8346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rassismus und Rechtsextremismus

5. Polizeigewalt und Schmerzgriffe:

ReachOut beobachtet ein hohes Ausmaß unverhältnismäßiger Polizeigewalt. Jede rassistische Polizeikontrolle birgt für die Betroffenen das Risiko einer Eskalation und stellt eine massive Bedrohung dar. Besonders die Anwendung von sogenannten Schmerzgriffen, wie die Fixierung mit dem Knie im Nacken der Betroffenen, kann zu lebensgefährlichen Verletzungen führen. ReachOut fordert ein Ende der Anwendung solcher Polizeimaßnahmen, die das Folterverbot europarechtlich (Art. 3 EMRK) verletzen.²

6. Dimension rassistischer und rechter Angriffe in Berlin unbekannt:

Viele der rassistischen und rechten Angriffe in Berlin werden nicht bekannt. Die Polizei veröffentlicht lediglich punktuell angezeigte Angriffe und massive Bedrohungen. Die Antworten der Berliner Innenverwaltung auf Kleine Anfragen im Parlament zu Angriffen und Bedrohungen im Bereich Hasskriminalität sind aufgrund fehlender Daten für eine Zählung nicht geeignet. ReachOut erhält keinen Zugang mehr zu Informationen von Ermittlungsbehörden, und nur ein Bruchteil der gemeldeten Gewalttaten erscheint in Polizeipressemeldungen. Zahlreiche extrem rechte und rassistische Angriffe bleiben verborgen. Die mögliche Entwicklung gezielter, auf konkrete Vorfälle bezogener Gegenmaßnahmen in den Bezirken wird dadurch erheblich erschwert.

ReachOut setzt sich dafür ein, die Informationspraxis zu überarbeiten, um Betroffene rechtzeitig zu erreichen und ein Monitoring aufrechtzuerhalten. Die Polizei sollte standardmäßig eine Pressemeldung zu sämtlichen Gewaltdelikten veröffentlichen, die dem Bereich der »politisch motivierten Kriminalität von rechts« zugeordnet werden.

»Wenn rassistische Gewalt nicht verfolgt wird, weil Betroffene Angst vor Repression haben, ist das brandgefährlich. Institutioneller Rassismus in Berliner Behörden und Justiz muss sichtbar gemacht und zur Rechenschaft gezogen werden. Ein systematisches Vorgehen gegen Racial Profiling und rassistische und rechte Gewalt in Berliner Institutionen ist längst überfällig.«

Weitere Einzelheiten zu den Angriffszahlen entnehmen Sie bitte der Pressemappe, den darin enthaltenen Grafiken und der Tabelle »Rassistische und rechte Angriffe in Berlin«. In der Tabelle geben wir einen Rückblick auf die Entwicklungen der letzten Jahre.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Parto Tavangar | Natali J. Salazar

Tel.: +49 30-695 68 339

projektleitung@reachoutberlin.de

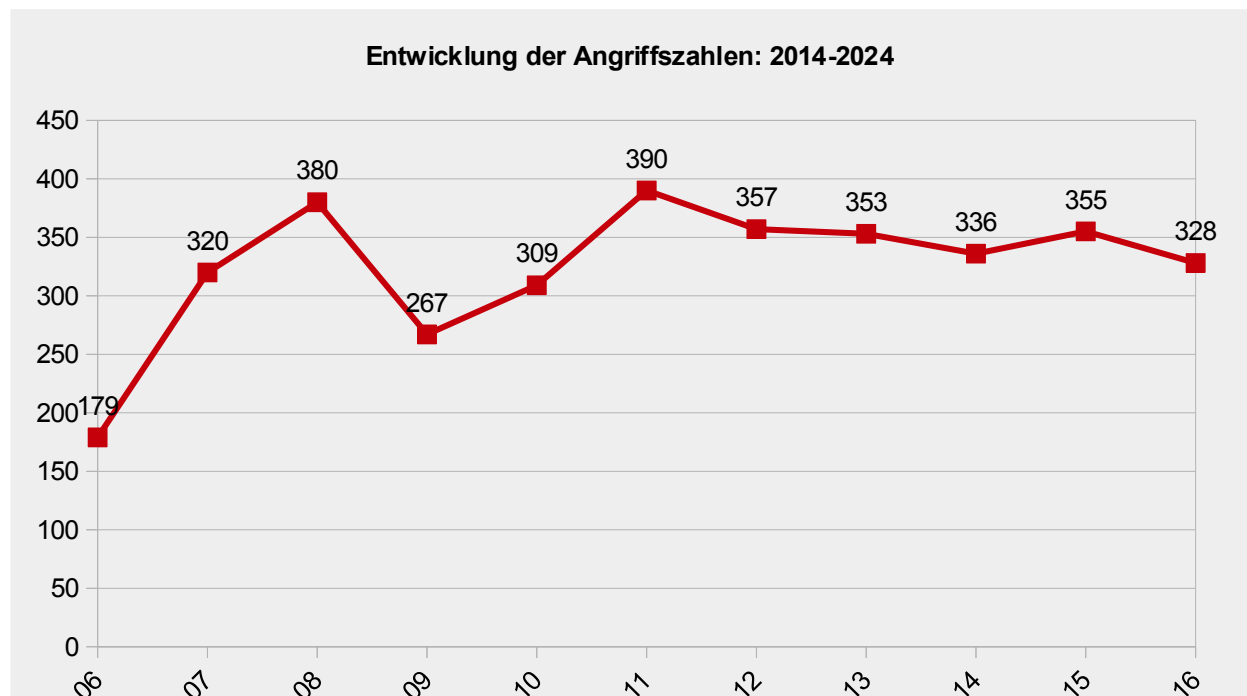
² Vgl. <https://freiheitsrechte.org/themen/demokratie/faq-schmerzgriffen#verletzt-die-anwendung-der-schmerzgriffen-das-folterverbot>



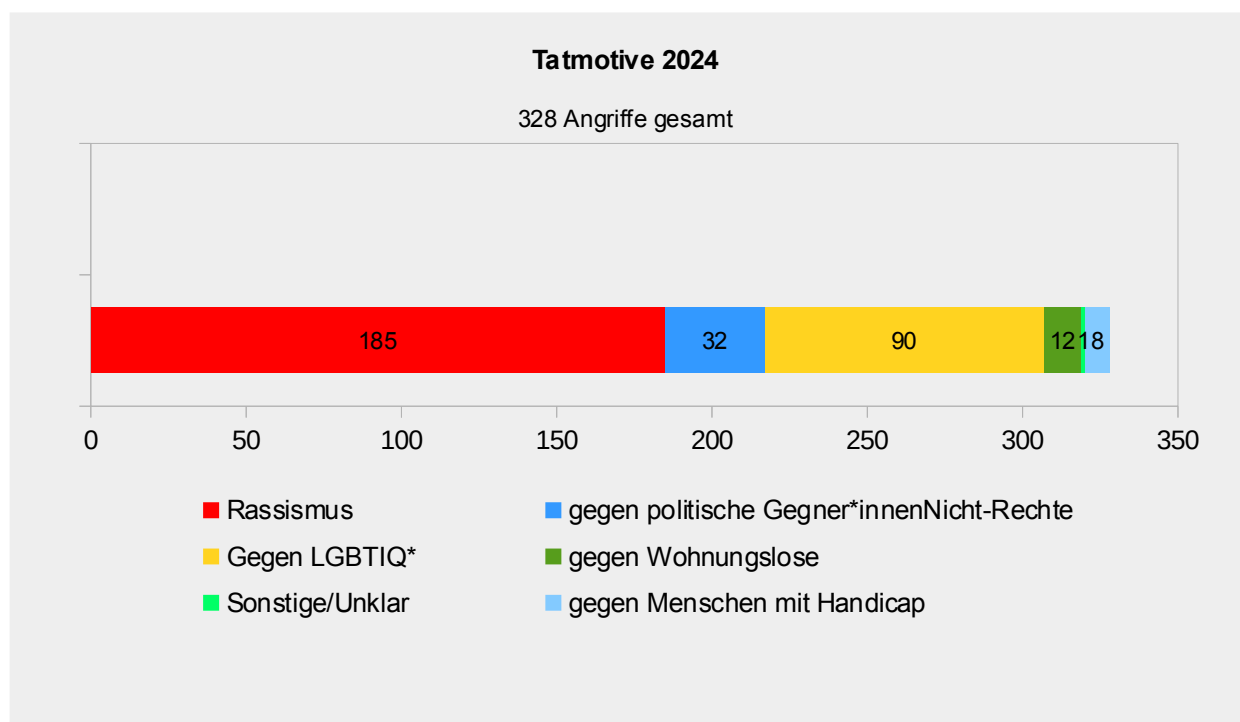
Opferberatung und Bildung gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Tel.: 030/69 56 8339
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de
Kopernikusstr. 23
10245 Berlin

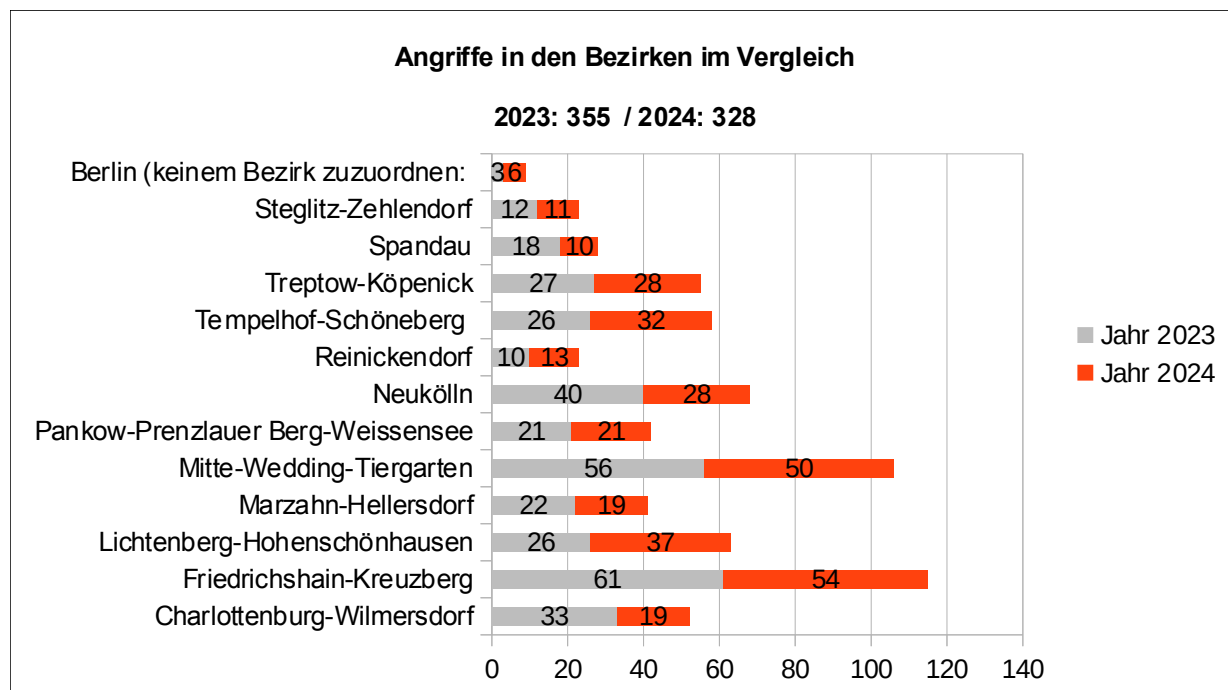
Angriffe in Berlin 2024 © ReachOut. Stand 5. April 2025



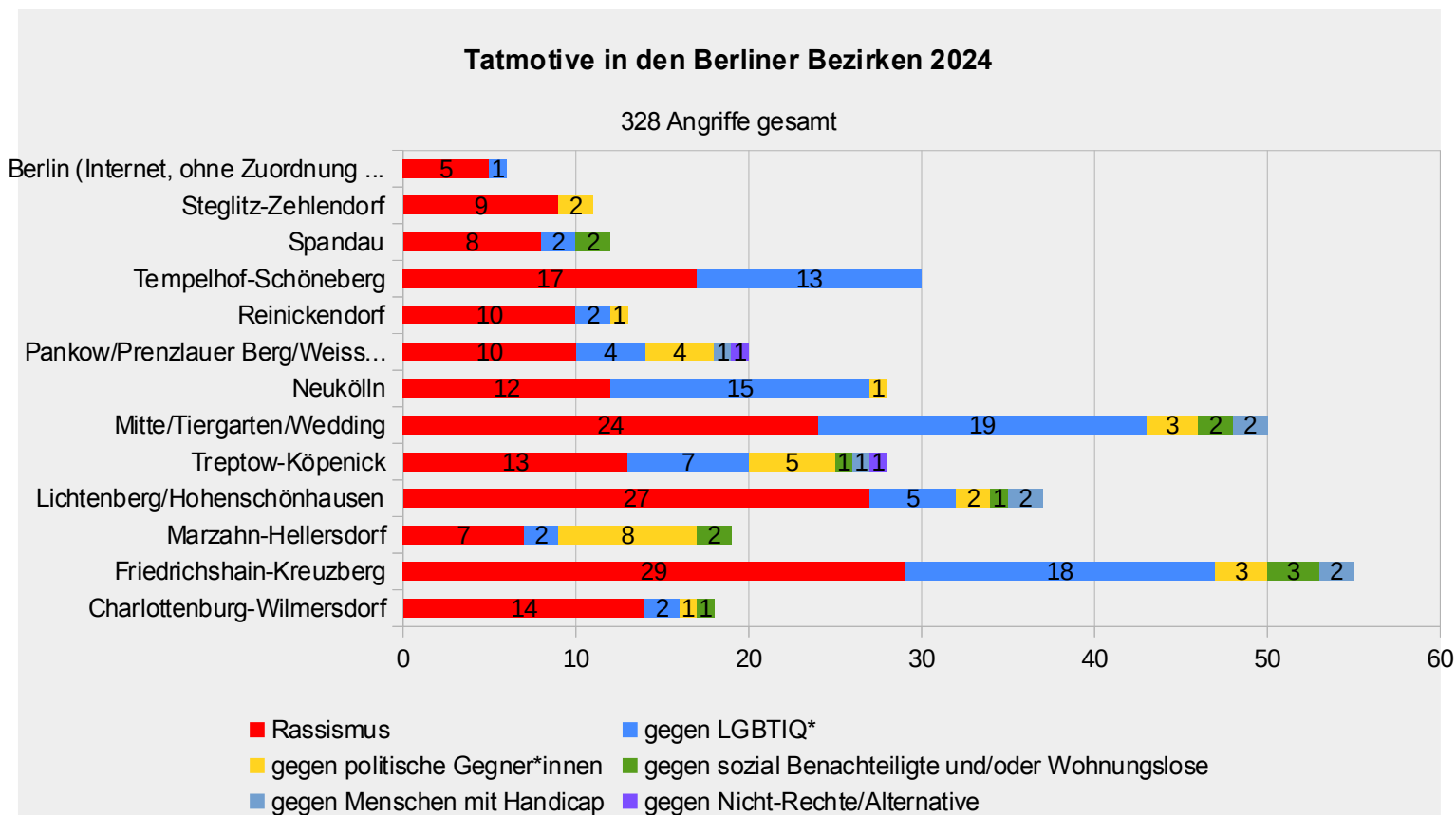
Tatmotive 2024



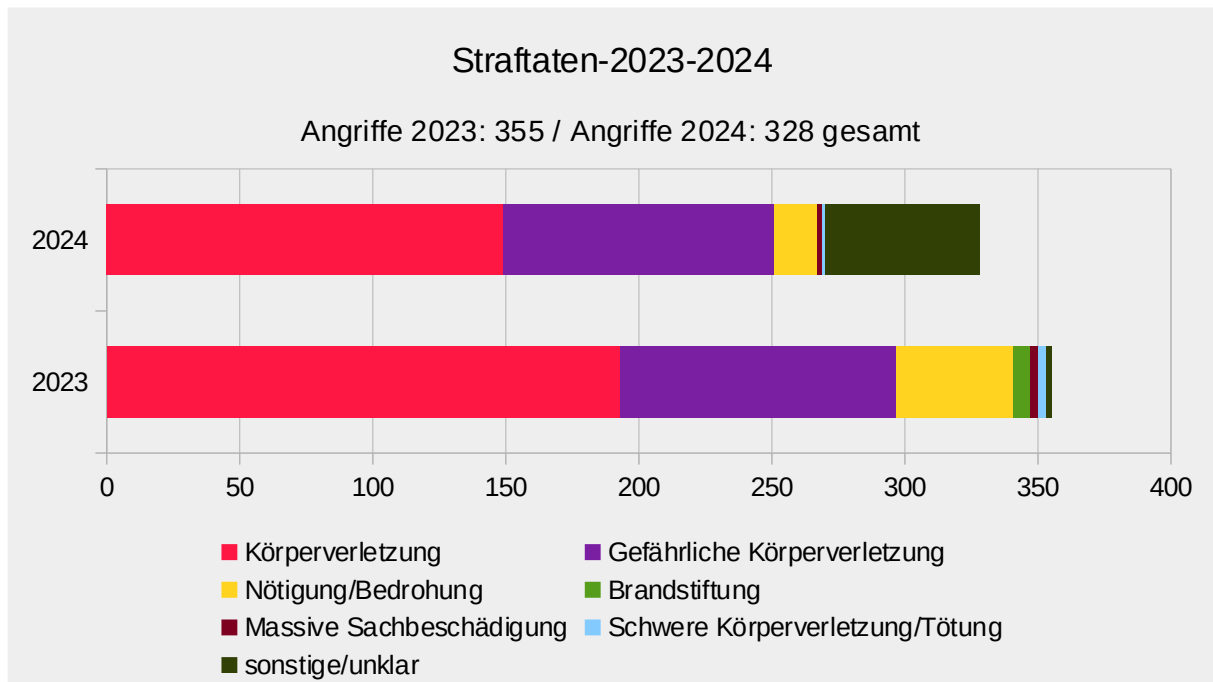
Angriffe in den Bezirken im Vergleich 2023 | 2024



Tatmotive in den Bezirken



Straftaten im Vergleich 2023 | 2024



Bei 328 Angriffen in Berlin 2024 gab es mindestens 478 Betroffene.

ReachOut

Opferberatung und Bildung gegen Rassismus und Rechtsextremismus

ReachOut ist die Berliner Beratungsstelle für Betroffene rassistischer und rechter Gewalt und Bedrohungen in Berlin. Auch Angehörige und Freund:innen der Opfer und Zeug:innen eines Angriffs finden bei uns Unterstützung.

ReachOut berät auch Opfer von Racial Profiling und rassistischer Polizeigewalt.

In der Beratung orientiert sich ReachOut an den Bedürfnissen der Betroffenen. Jeder Schritt, jede Handlungsmöglichkeit wird gemeinsam mit den Ratsuchenden besprochen. Nichts geschieht ohne deren Einverständnis.

Die Beratungen sind kostenlos und parteilich für die Betroffenen. Vertraulichkeit und auf Wunsch Anonymität sind dabei selbstverständlich.

Die Mitarbeiter:innen von ReachOut recherchieren, dokumentieren und veröffentlichen Angriffe mit rassistischem oder rechtem Hintergrund.

Das Projekt bietet rassismuskritische und empowernde Workshops, Veranstaltungen und Fortbildungen an.

Immer stehen die Situation und die Perspektiven der Betroffenen im Zentrum der Arbeit.

Kontakt:

www.reachoutberlin.de

030-695 68 339

info@reachoutberlin.de

beratung@reachoutberlin.de

bildung@reachoutberlin.de

Kopernikusstr. 23

10245 Berlin